

# WAS WÜRD EINE REGIERUNGSBETEILIGUNG DER FPÖ FÜR UMWELT UND KLIMA BEDEUTEN?

Helmut Haberl

## DIE LAGE WELTWEIT

Die **Umwelt- und Klimakrisenphänomene werden immer drängender**. Hitzeperioden und Wetterextreme nehmen zu, Temperaturrekorde purzeln, die Ozeane sind warm wie noch nie, und die globale Erhitzung des Klimas nähert sich rasant der kritischen 1,5° Marke. **Kipppunkte** im Erdsystem rücken näher oder sind sogar schon überschritten – dies könnte u.a. zu einem viel rascheren Meeresspiegelanstieg und dramatisch ansteigenden Treibhausgasemissionen aus Böden und Wäldern führen, was wiederum die Erderhitzung weiter antreibt. Ein Beispiel dafür ist das Ansteigen der Methan-Emissionen durch das Auftauen von Permafrost, ein anderes ein möglicher Zusammenbruch des tropischen Regenwaldes im Amazonasbecken. Gleichzeitig schreitet der **Biodiversitätsverlust rasant voran**, jedes Jahr sterben laut der Weltgesundheitsorganisation (WHO) sieben Millionen Menschen an Luftverschmutzung und zunehmend mehr Ökosysteme sind in kritischem Zustand. Die Liste ließe sich beinahe beliebig verlängern.

## AKTUELLER STAND UND HANDLUNGSNOTWENDIGKEIT FÜR ÖSTERREICH

In Österreich ist die Situation nur wenig besser. Zwar gehen in den letzten Jahren die **klimaschädlichen Emissionen zurück** – jedoch **nicht schnell genug, um das Ziel Nettonull im Jahr 2040** zu erreichen, wie im aktuellen Regierungsprogramm verankert. Weitere Maßnahmen wären dafür dringend nötig, besonders im **Verkehrsbereich**, dem seit Jahren größten Sorgenkind der Klimapolitik.

Gleichzeitig schreitet die Naturzerstörung voran. So ist der Bodenverbrauch in Österreich einer der höchsten in der EU: **Die Landschaft wird immer mehr versiegelt und zersiedelt**. Bereits 40% aller Flächen im Dauersiedlungsraum (außerhalb von Wäldern und Bergspitzen) sind besiedelt. Davon sind wiederum mehr als zwei Drittel **hoch oder sehr hoch zersiedelt** wie etwa durch Einkaufszentren und Betriebsgebiete auf der grünen Wiese, flächige Einfamilienhaussiedlungen usw. Das **treibt den Ressourcenverbrauch langfristig an**, weil dann die Wege besonders lang und meist nur mit dem Auto zu bewältigen sind.

Um die Zersiedelung einzudämmen, braucht es dringend ein **quantitatives Bodenschutzziel**, das für alle Gebietskörperschaften verbindlich ist. Investitionen in den **öffentlichen Verkehr sowie zur Förderung aktiver Mobilität** (Radwege, Fußgängerzonen, etc.) müssten stark ausgeweitet werden. Der Umstieg auf emissionsfreie **Elektromobilität** ist zu fördern, ebenso die **Ökologisierung des Steuersystems** durch das Ökobonussystem und viele weitere Maßnahmen.



## WAS IST VON DER FPÖ ZU ERWARTEN?

In den **Leitsätzen des Parteiprogramms** der FPÖ kommen Umwelt und Klima nicht vor. Behandelt wird Umwelt **in einem Kapitel gemeinsam mit Heimat und Identität**. Das Ziel wird dort so formuliert: „Der Schutz unserer natürlichen Umwelt als Lebensgrundlage für unsere Heimat Österreich, eine nachhaltige und schonende Bewirtschaftung und die biologische Vielfalt haben für uns hohe Bedeutung. Die Nutzung der Kernkraft zur Energiegewinnung lehnen wir ab“ (doch im EU-Parlament empfahl der FPÖ-Abgeordnete Vilimsky gemeinsam mit dem AfD-Abgeordneten Zimniok „auf Lösungen im Bereich der Kernenergie zu setzen“ – so viel zur FPÖ-Glaubwürdigkeit).

Allerdings: fordert das FPÖ-Parteiprogramm: „Tiere als unsere Mitgeschöpfe sind durch naturnahen und respektvollen Umgang vor Qualen und Leid zu schützen.“ Im Kapitel „Wohlstand und soziales Gleichgewicht“ wird dann noch „ein gesunder Bauernstand“ sowie der Schutz „einer wertvollen Natur- und Kulturlandschaft“ eingemahnt.

Das war's. Mehr steht nicht im FPÖ-Parteiprogramm zur Umwelt- und Klimakrise und ihrer Bekämpfung. Doch im eben von Kickl angekündigten FPÖ-Wirtschaftsprogramm für die Nationalratswahl kommt es noch schlimmer: Wirtschaft und Umwelt werden gegeneinander ausgespielt, also wird jegliche Finanzierung einer ökologischen Erneuerung abgelehnt, dafür soll es einen „Befreiungsschlag für den Wirtschaftsstandort Österreich“ geben. Das würde bedeuten: *„Keine neuen Steuern, keine wie immer gearteten Vermögensteuern, keine Erbschaftssteuern, keine Schenkungssteuer.“* Senkung der Körperschaftssteuern (KÖSt) für Unternehmer:innen, der Kapitalertragssteuern (KESt) für Sparer:innen, der Normverbrauchsabgabe (NoVA) für Autofahrer:innen. Abschaffung der *„sinnlosen CO<sub>2</sub>-Abgaben“*. Die Verringerung der Staatseinnahmen geht dann natürlich nicht nur auf Kosten der Sozialausgaben für Gesundheit, Bildung, Alterssicherung und Armutsbekämpfung, sondern auch der Umwelt. Wenn es nach Kickl geht, darf es für nachhaltiges Wirtschaften und die ökologische Transformation nicht die geringsten Investitionen geben. (oe24 15.08.2024)

Eine solche Politik muss langfristig in eine ökologische und soziale Katastrophe führen, doch das ist der FPÖ egal. Ihr Hauptziel ist das Gleiche wie jenes von Orban gewesen war: Rasch die Macht bei Wahlen durch populistische Geldversprechen erobern und dann die Macht immer mehr ausbauen. Dass dadurch die sozialen und natürlichen Lebensbedingungen der künftigen Generationen langsam zerstört werden, ist rechtsextremen Parteien egal. **Wer heute nach der Macht greift, dem ist das Morgen wurscht.**

Schon in seiner Neujahrsrede 2024 hatte Herbert Kickl gegen den „Ökokommunismus“ gewettert. Zwar werde die FPÖ „für Natur- und Umweltschutz eintreten“, allerdings müsse dieser „über Generationen vollzogen werden“, denn „sonst zerstören wir alles, was unseren Wohlstand und unsere Zukunft garantiert“. Angesichts des ökologischen Notstands ist die Ankündigung einer Umweltpolitik im Schnecken tempo („über Generationen“) eine verantwortungslose Drohung.

Noch deutlicher hat sich die FPÖ und insbesondere ihr Spitzenkandidat Herbert Kickl bei anderen Gelegenheiten positioniert:

- Die **Klimakrise** bezeichnet die FPÖ gerne als „**ökomarxistischen Klimawahn**“. In einem Interview in der ZiB2 (4.7.2023) relativiert Generalsekretär Christian Hafenecker die Klimakrise als „einen neuen Modus Operandi“, der „alle paar Jahre gefunden“ werde, um „die Leute in Angst, Furcht und Schrecken zu versetzen“. Es gebe sehr wohl „Wetter- und Klimaphänomene, die sich verändern“ aber das sei „grundsätzlich in der Erdgeschichte öfter zu beobachten“. Österreich sei nur für 0,2% des weltweiten CO<sub>2</sub>-Ausstoßes verantwortlich, deshalb wären Maßnahmen zum Klimaschutz hierzulande nicht prioritär – und ein Tempolimit auf der Autobahn würde nichts verändern (siehe auch: <https://www.moment.at/story/wie-die-fpoe-die-klimakrise-noch-imm-leugnet/>).
- Konsequenter ist die Antwort der FPÖ auf die Frage, ob sie an der **Klimaneutralität Österreichs 2040** festhalte und sich für „das Erreichen dieses Ziels auf allen relevanten Beschluss-Ebenen

einsetzen“ werde (<https://www.wwf.at/artikel/nationalratswahl-2024-die-parteien-im-wwf-umwelt-check/>). Hier setzt es ein klares „**Nein**.“ Die Beschlüsse der Bundesregierung seien eine „*massive Hypothek*“ und die Ziele „*unerreichbar*“.

- Gemäß derselben Umfrage des WWF spricht sich die FPÖ **gegen ein Klimaschutzgesetz** mit verbindlichen CO<sub>2</sub>-Reduktionsziele und strukturellen Maßnahmen bis 2040 aus. Sie will vielmehr „*die technologische Bevormundung der Bürger*“ (gemeint offenbar die Elektromobilität) ausschließen und lehnt alle Maßnahmen, die „*Arbeitsplätze und den Wirtschaftsstandort gefährden*“ ab, „*insbesondere wenn im Ergebnis lediglich eine Verlagerung der Emissionen in Drittstaaten bewirkt wird*“. Dass dem durch CO<sub>2</sub>-Ausgleichszahlungen beim Import entgegengewirkt werden kann, lässt die FPÖ unerwähnt.
- Beim **Mobilitätsthema** positionieren sich Landespolitiker der FPÖ sehr deutlich. FPÖ-Verkehrslandesrat und LH-Stellvertreter Landbauer fährt z.B. in Niederösterreich eine **Autofahrerkampagne unter dem Motto „Belohnen statt Bestrafen“** und fordert eine „**Abschaffung der CO<sub>2</sub>-Strafsteuer**“, eine Verdopplung des amtlichen Kilometergeldes und den Wegfall der Normverbrauchabgabe (das würde besonders große „Spritfresser“ verbilligen). Dass die Bürger:innen bei Abschaffung der CO<sub>2</sub>-Steuer **um die Auszahlung des Ökobonus umfallen** würden (er speist sich aus der CO<sub>2</sub>-Besteuerung), **verschweigt der Landesrat** gewissentlich. Dafür geißelt er den „*Radar-Wildwuchs*“. Dass die FPÖ für schnelles Autofahren ist, zeigt auch sein Vorschlag vom April 2024, das Tempolimit auf Autobahnen unter bestimmten Bedingungen auf 150 km/h zu erhöhen ([https://www.ots.at/presseaussendung/OTS\\_20240416\\_OTS0155/fpoe-landbauer-gibt-gas-bei-tempo-150-auf-autobahnen](https://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20240416_OTS0155/fpoe-landbauer-gibt-gas-bei-tempo-150-auf-autobahnen)).
- In der Rhetorik befürwortet die FPÖ eine **Bodenschutzstrategie** in der nächsten Legislaturperiode, in der Praxis **lobbyiert sie allerdings diverse Straßenbauprojekte**, etwa den Ausbau der Marchfeldschnellstraße S8: Mit der Blockade aller wichtigen Straßenbauprojekt nehme „*die Verkehrsministerin das halbe Land in grünideologische Geiselhaft*“ und füge „*den betroffenen Regionen und ihren Bewohnern schwersten Schaden zu*“ (<https://www.fpoe-noe.at/artikel/artikel/fpoe-noe-startet-plakatkampagne-zum-bau-der-s8/>).
- „**Verbindliche Reduktionsziele für den Bodenverbrauch bzw. die Bodenversiegelung**“ (so die Frage des WWF) lehnt die FPÖ klar ab: „**Nein**. *Verbindliche Reduktionsziele liegen nicht im Kompetenzbereich des Bundes, jedoch kann der Bund früher ansetzen und den Bodenbedarf begrenzen, indem er das Bevölkerungswachstum durch illegale Migration bremst.*“ Auch **Maßnahmen im Finanzausgleich zur Begrenzung des Bodenverbrauches lehnt die FPÖ ab**. Grundsätzlich begrüße sie Ziele, Anreize und Förderprogramme und Zersiedlung, doch ein wirksames Maßnahmenbündel würde zu starke Eingriffe in die Autonomie von Ländern und Gemeinden bewirken.
- Im Gegensatz zu früheren Aussagen fordert das aktuelle FPÖ-Wirtschaftsprogramm zu kommenden Nationalratswahl die ersatzlose Streichung sämtlicher Öko-Steuern. Auch die Abschaffung umweltschädlicher Subventionen lehnt die FPÖ klar ab: „*Eine Abschaffung von sogenannten ‚umweltschädlichen Subventionen‘ wie das Pendlerpauschale lehnen wir in Zeiten der Teuerung ab.*“ **Zur Vielzahl weiterer, milliardenschwerer umwelt- und klimaschädlicher Subventionen äußert sich die FPÖ nicht**.
- Eine **Absicherung des Biodiversitätsfonds des Bundes lehnt die FPÖ ab**, weil „*eine Zusage weiterer finanzieller Mittel vor dem Hintergrund der Budgetsituation unseriös wäre*“.
- Auf die Frage in der WWF-Erhebung, ob sich die FPÖ an einem bundesweit abgestimmten, ausreichend finanzierten und von einem Beteiligungsprozess begleiteten **Aktionsplan zur Wiederherstellung der Natur in Österreich** beteiligen werde, sagt die FPÖ klar „**Nein**“ und setzt fort mit einer Tirade gegen BM Leonore Gewessler, die darin gipfelt, die EU-Renaturierungsverordnung bedeute „*den endgültigen Abschied von der Ernährungssouveränität Österreichs.*“



## FAZIT

Die FPÖ sieht **Umwelt- und Naturschutz als einen Teil des „Heimatschutzes“** an und schlägt dabei rasch den Bogen zu ihrem Lieblingsthema Migration, statt wirksame Maßnahmen ins Auge zu fassen. Die FPÖ ist klar wissenschaftsfeindlich und stellt die **Erderhitzung als „ökomarxistischen Klimawahn“** dar. Das Ziel der **Klimaneutralität im Jahr 2040 will sie abschaffen**, und auf eine Lockerung der Verpflichtungen Österreichs innerhalb der EU hinarbeiten. Sie gibt zwar **Lippenbekenntnisse zum Bodenschutz** ab, doch **konkrete Ziele will sie nicht mittragen**. Im Verkehrsbereich **lobbyiert sie für Straßenbau und für den Verbrenner**, ohne sich (wie die ÖVP) dabei die wenig glaubwürdige Mühe zu machen, diesen Rückschritt mit Illusionen wie den emissionsfreien E-Fuels zu kaschieren. Damit kommt sie erst gar nicht in die Verlegenheit, erklären zu müssen, wie das funktionieren sollte. Faktenbasierte Argumente hält die FPÖ offenbar für unnötig, der Appell an die Emotionen der „Benzinbrüder“ erscheint ihr im Hinblick auf ihre Chancen bei der Wahl hilfreicher. Die **ökosoziale Steuerreform denunziert sie als „CO<sub>2</sub>-Strafsteuer“** und fordert **Autofahrer zu „belohnen“ statt sie zu „bestrafen“**. Dass damit der Ökobonus wegfallen würde, durch den Menschen mit geringem CO<sub>2</sub>-Ausstoß (vor allem solche mit geringem Einkommen) mehr profitieren als sie an CO<sub>2</sub>-Steuer bezahlen, ignoriert die FPÖ. Insgesamt würde eine Regierungsbeteiligung der FPÖ **massive Rückschritte in praktisch allen Bereichen der Umwelt-, Klima- und Naturschutzpolitik** mit sich bringen.